

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Zentraldruck: Kuchelstein Dresden  
Herausgeber: Carl Schindler  
Rue für Nachrichten: Nr. 20011  
Schiffstraße 1, Hauptgeschäftsbüro  
Dresden-K. 1, Telefon Nr. 58/48

Bezugspreis vom 1. bis 15. September 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung bei Post 1,70 Mk.  
Vollzugspreis für Monat September 2,40 Mk., evtl. 2,40 Mk. (ohne Postgebühren).  
Einzelnnummer 10 Pf., außerhalb Dresden 15 Pf., Ausgabepreis. Die Lagerpreise werden nach  
Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 15 Pf., für anderseits 40 Pf., Familien-  
ausgaben und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., anderseits 25 Pf., 2 x 90 mm breite Seitenzettel  
200 Pf., anderseits 250 Pf. Effektengebühr 20 Pf., Kusturkosten außer dem Druckbeschluss

Druck u. Verlag: Ulrich & Weichardt,  
Dresden, Weißhof-Ring, 1049 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachdr.) gesetzl. Untertitel  
Schiffstraße 1, Dresden

## Macdonalds große Friedensrede in Genf

### Die Seeabrüstung angekündigt

#### Begeisterte Aufnahme

Genf, 3. Sept. Der englische Premierminister Macdonald, der heute nachmittag die allgemeine Aussprache über den Verhandlungsbericht des Generalsekretärs mit einer einflussreichen Rede eröffnete, behandelte darin alle wichtigen Völkerbundsprobleme, vor allen Dingen die der Abrüstung und des internationalen Wirtschaftslebens, denen durch seine Ausführungen zweifellos ein neuer starker Antrieb gegeben wird. Von starkem Beifall begrüßt, erinnerte Macdonald zunächst an sein erstes Auftreten vor der Völkerbundsversammlung im Jahre 1925, seit welchem sehr wichtige Änderungen vor sich gegangen seien. Die wichtigste davon sei, wie er unter dem Beifall der Versammlung feststellte, der

#### Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Ein weiterer wichtiger Schritt sei das Zustandekommen des Kellogg-Paktes und ein dritter sehr wichtiger Schritt das Ergebnis der Haager Konferenz. Als erste Folge dieser Konferenz werden bereits in der nächsten Woche die ersten Besatzungstruppen das Rheinland verlassen, „um nie mehr dorthin zurückzukehren“. Macdonald fuhr fort: Als Völkerbundsmitglied müssen wir jetzt vor allen Dingen die wirtschaftlichen Probleme in Angriff nehmen. Die Völker der ganzen Welt verlangen von uns eine beschleunigte Behandlung dieser Probleme und den Abschluss des alten militärischen Kapitels, damit eine neue Ära beginnen kann. Die englische Regierung wird alles tun, um die Vorbereitung der

#### Abrüstungskonferenz zu beschleunigen.

Der Friede hat freilich ebenso sein Risiko wie der Krieg. Aber die Nationen, die als Pioniere des Friedens arbeiten, werden auch den Frieden verwirklichen, während jene, die militärische Vorbereitungen treffen, auch die Möglichkeit eines Krieges vorbereiten. Der erste und eigentliche Beitrag Englands für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ist die

#### Regelung der Seeabrüstung.

Der beste Weg dazu ist ein Abkommen zwischen England und Amerika. Unsere Vespörungen sind in keiner Weise und in keiner Hinsicht gegen irgendwen gerichtet, sondern im weitesten Sinne von dem Bunde befeuert, durch diese Verständigung das ganze Abrüstungsproblem zur Lösung zu bringen. Der richtige Weg dazu wird die Konferenz der sechs Seegroßmächte sein. Macdonald teilte mit, daß er im Augenblick noch nicht das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Hoover öffentlich bekanntgeben könne. Die Mitteilung möge genügen, daß bei diesen Vereinbarungen ein Schriftstück von etwa 20 Punkten zustande kommen werde, von dem nur noch drei Punkte offen sind. Ohne auszuviel versprechen zu wollen, habe er doch die Hoffnung, daß noch während dieser Völkerbundsversammlung das Zustandekommen der Vereinbarung verkündet werden könne.

Neben das Abrüstungsproblem stellte Macdonald als zweite wichtige Aufgabe den

#### Ausbau des Kellogg-Paktes.

der in Übereinstimmung gebracht werden müsse mit den Artikeln 12 und 15 des Völkerbundsstatuts, d. h. so viel als den Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit und des Schlichtungsweises. Unter stürmlichem Beifall gab er in diesem Zusammenhang bekannt, daß die englische Regierung beschlossen hat, die Fakultativklausel über die Schiedsgerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag zu unterzeichnen. Er sei außerdem der Hoffnung, daß die Dominien ihren zur Zeit in

der Völkerbundsversammlung anwesenden Delegierten ebenfalls die Anweisung zukommen lassen, noch im Laufe dieser Völkerbundsversammlung die Fakultativklausel zu unterzeichnen. Er sprach in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, daß andere Nationen England auf diesem Wege folgen werden, damit die gegenwärtige zweite Völkerbundsversammlung als die des Beitritts zur Fakultativklausel des Haager Statuts in die Geschichte eingehen werde. Weiter behandelte Macdonald im einzelnen

#### Fragen des Nahen und Fernen Orients.

wobei er zunächst mitteilte, daß Vorbereitungen getroffen sind, daß Ägypten seine Kandidatur als Völkerbundsmitglied aufstellen kann. Die orientalischen Völker, so betonte er feierlich, bringen uns heute eigenen Ideen zurück und verlangen von uns die Freiheit. Man dürfe nicht abwarten, bis es zu einem Ultimatum komme, wogegen es keine Hilfe geben würde.

#### Zum Minderheitenproblem

übergehend, stellte Macdonald fest, daß es niemals möglich sein werde, Europa in reine Nationalstaaten einzuteilen. Die Lösung des Minderheitenproblems sei eine Frage, die mit größter Ruhe durchgeführt werden müsse.

Die Rede des englischen Premierministers fand bei der überwiegenden Mehrheit der Delegierten der Völkerbundsversammlung und auf den bis auf den letzten Platz besetzten Tribünen begeisterte Aufnahme. Als Macdonald die Rednertribüne verließ, ging als einer der ersten Staatssekretäre v. Schubert auf ihn zu, um ihn mit einem herzlichen Handschlag zu begrüßen.

#### Orlando beglückte sich damit, Macdonald kurz zu zwinkeln. Man erwartet daher in Genf mit größter Spannung seine Antwortrede.

In den Wandgesprächen des Reformationsaalles bildete die Rede mit ihren überaus einprägsamen Wendungen den ganzen Abend über den Gegenstand lebhafter Erörterungen. In den Kreisen der deutschen Delegation wurde der Hinweis Macdonalds auf die wertvolle Mitarbeit, die Deutschland seit seinem Eintritt in den Völkerbund leistete, besonders angenehm empfunden. Auch die übrigen Äußerungen des englischen Premierministers, soweit sie Fragen der allgemeinen Politik betreffen, fanden durchaus ihre Zustimmung.

#### Nach Macdonald sprach

#### der japanische Botschafter Adachi

und erklärte, daß Japan die Verhandlungen zwischen England und Amerika zur Herstellung eines Abkommens in der Seeabrüstungsfrage mit größtem Interesse verfolgte und das Zustandekommen eines Abkommens aus wärmster Begierde würde. Adachi, der Reichsminister für die Minderheitenfrage im Völkerbundsrat, betonte, eine Regelung der Minderheitenfrage dürfe nicht nur auf die Interessen der Minderheiten, sondern auch auf die Interessen der Mehrheitsvölker Rücksicht nehmen.

Der Vertreter von Uruguay, Antuna, wies sodann darauf hin, daß die Beilegung des Streites zwischen Bolivien und Paraguay durch den Völkerbund einer unnatürlichen Lage ein Ende gemacht habe. Nach der Monroe-Doktrin habe bisher kein auswärtiger Staat das Recht gehabt, sich in Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents zu mischen. Dieser Zustand sei nunmehr endgültig abgeschloffen. Der Völkerbundsrat habe einen Streit zwischen beiden lateinamerikanischen Staaten beigelegt und damit dieser Auslegung der Monroe-Doktrin ein Ende bereitet.

Die Hauptansprache wurde darauf am Mittwoch vertagt.

### Sachlichkeit auch im Kampf um den Tributplan

Eine Bombe ist explodiert! In einem nach oben offenen Lichtschein des Reichstages. Die Art und die Zeit des Anschlages lassen erkennen, daß die Attentäter Menschenleben nicht gefährden wollten. Zweifellos handelt es sich hierbei aber um eine politische Demonstration, die auf das Schärfste von jedem vernünftigen Menschen mißbilligt werden muß. Wir sind daher der Ansicht, daß es gefährlich und unsfair ist, bis zum Beweise des Gegenteils irgendeine deutsche Partei in irgendwelchen Mutmaßungen in Verbindung mit dem törichten und kindlichen Sprengstoffattentat zu bringen. Leider scheint die deutsche Linke dieser Auffassung nicht zu huldigen. Ohne jeden Anhaltspunkt konstruierte sie sofort Beziehungen zwischen dem Bombenanschlag und denjenigen Parteien, die den Haager Tributplan mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Soll man an die Aufrichtigkeit dieser Ansicht glauben? Wir vermögen es nicht. Die Führer der Linken wissen wohl sehr genau, daß die Gegner des Tributplans ihre Argumente nicht durch eine Politik der Höflichkeit zu unterstützen nötig haben. Eine gute Sache mit schlechten Mitteln zu vertreten, das wäre ja der Gipfel der Torheit. Und wer nationale Aufbebauarbeit leisten will, greift nicht zu den Methoden des internationalen Anarchismus. Freilich Quersprüche und Panatiker gibt es in allen Lagern, dafür können aber die Gesinnungsgemeinschaften nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn sich die Linke jetzt auf hohe Rufe legt und völlig Unbewiesenes als feststehende Tatsache ansieht, so könnte man sie mit gleichem Rechte darauf aufmerksam machen, daß es leider auch Agents provocateurs gibt, die eine reine Sache durch unlaute Mittel unmöglich zu machen versuchen. Diese Art des Kampfes um politische Ansichten ist aber so schmutzig, daß wir ebenfalls bis zum Beweise des Gegenteils verzichten, der Linken mit der gleichen Waffe zu dienen. Nachdem aber der unsaire Vorwurf gefallen ist, die nationalen Kreise tragen zum mindesten die moralische Verantwortung an dem Bombenattentat, können wir nicht umhin, dem Marxismus jede Berechtigung zu irgendwelchen Mutmaßungen abzuschneiden. Und zwar so lange, als der Mörder des Grafen Stürgkh, Herr Dr. Adler aus Wien, noch zu den Großen der Partei zählt.

Der deutschen Parteipolitik tut — dieses Beispiel zeigt es erneut — Sachlichkeit und Verzicht auf persönliche Gefühligkeiten not, kurz das, was der Engländer unter fair play versteht. Wir stehen vor schweren innerpolitischen Kämpfen um die neue Tributregelung. Man sollte meinen, daß bei so schicksalsschweren Entscheidungen dieses oberste Gebot fruchtbarer Auseinandersetzungen unbedingte Voraussetzung sein müßte. Die Verdächtigungen im Gefolge des Bombenattentats waren ein schlechter Anfang. Möge es dabei von nun an sein Bewenden haben.

Für und wider das Haager Ergebnis! Die Diskussion ist eröffnet worden. Geäußert haben sich die Blätter der Parteien, gesprochen haben die führenden Politiker, und eingehend hat sich das Reichskabinett in Berlin mit der neuen Tributregelung befaßt. Damit sind die großen Linien gegeben, innerhalb deren sich die Kämpfe der nächsten Wochen und Monate abwickeln werden.

Heftige Begeisterung über den Tributplan und seine politischen Auswirkungen zeigt niemand im bürgerlichen Lager. Das bleibt der Sozialdemokratie überlassen. Sie allein spricht in Übereinstimmung mit gewissen Berliner halbamtlichen Stellen von einem hundertprozentigen deutschen Erfolg. Mit Recht tadelt selbst die Presse der Mittelparteien diesen zügellosen Optimismus auf das Schärfste. Denn eine solche Verstellungswaise trägt nicht nur den Blick für das Tatsächliche, sie ist vor allem gefährlich für gegenwärtige und kommende Verhandlungen. Was sollen unsere Gegner von uns denken? Hat nicht Deutschland vollkommen die Haager Feste bezahlt? Und nun sprechen diese seltsamen Menschen von einem hundertprozentigen Erfolg! Sollte man ihnen nicht einmal bei einer späteren Gelegenheit mit größtem Erfolg noch härker die Bühne zeigen als bisher. Zwangsläufig muß das Ausland zu solchen Schläffen kommen, wenn es die so unangebrachte latte Zufriedenheit unserer Sozialdemokraten über den ach so dürftigen Haager Erfolg sieht. Im Inlande freilich weiß man, was gespielt wird. Nur zu gut ist uns bekannt, warum die Sozialisten erleichtert aufatmen, weil jetzt wieder das „unnatürliche Ubergewicht der Außenpolitik über die Innenpolitik“ gebrochen ist. Endlich Ellenbogenfreiheit zur Durchdringung parteipolitischer Forderungen. Das ist der wahre Grund marxistischer Begeisterung über den Haag. Man ereifert sich, daß Graf Westarp die Veröffentlichung der Denkschriften fordert, die den Pariser Sachverständigen als Material über die wirtschaftliche Lage Deutschlands vorgelegt wurden. Die Gründe für diese Angst sind ja sehr begründet. Soll doch die Erkenntnis über das wirkliche Ergebnis des angeblichen hundertprozentigen Erfolges verheimlicht werden. Auch möchte man nicht gerne, daß über die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft sprechende Zahlen in die Öffentlichkeit dringen. Denn die Marxisten wollen unter allen Umständen

## Wieder ein starker Zuwachs der Heimwehren

### Die Lage in Oesterreich

Wien, 3. Sept. Die „Stunde“ veröffentlicht einen Bericht über die politische Lage Oesterreichs und teilt u. a. mit, daß der Präsident des Nationalrates, Dr. Gärtler, in Wien eingetroffen ist und mit dem Bundeskanzler Streckerwib eingehende Vespörungen haben wird. Die Parteiverhandlungen wegen der Festlegung des Arbeitsprogramms des Nationalrates werden am Mittwoch beginnen.

Die Nachrichten, daß im Wiener Rathaus entscheidende Veränderungen in den leitenden Stellen bevorstehen, sollen nicht zutreffen. Bezüglich des zu erwartenden sozialdemokratischen Manifests, das zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung nehmen wird, erklärt die „Stunde“, daß die Sozialdemokratie den parlamentarischen Verständigungsboden nicht verlassen werde. Sie werde mit der Regierung Streckerwib über alle Punkte verhandeln und nur in zwei wesentlichen Forderungen völlig unnachgiebig sein: 1. In der Verteidigung der Selbstverwaltung Wiens, 2. In der Verteidigung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

Bei den bürgerlichen Parteien machen unterdessen die Heimwehrenden weitere Fortschritte. Wie die Mittagsblätter berichten, hat der deutschösterreichische Gewerbesbund beschlossen, korporativ in die Heimwehr einzutreten, die damit um mehrere 10 000 Mitglieder reicher wird.

Bürgermeister Selb 60 Jahre alt. Der Reichskanzler hat an Bürgermeister Selb in Wien zu dessen 60. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm gerichtet.

### Ein Deutscher in Böhmen verurteilt

Eger, 3. Sept. Vor dem Egerer Kreisgericht wurde gestern gegen den Breslauer Bergakademiker Adolf Soa verhandelt, der angeklagt war, in Eger gelegentlich einer Studentenfeier das tschechische Volk als „Dreckvolk“ bezeichnet zu haben. Soa war wegen dieser angeblichen Äußerung in Haft genommen worden. In der Verhandlung erklärte er, den ihm zur Last gelegten Ausdruck nicht gebraucht zu haben. Uebrigens sei er stark betrunken gewesen. Auf der Wachtube habe er nach der Verhaftung einen Faustschlag ins Gesicht erhalten, ferner sei er von einem Polizisten „Deutsches Schwein“ genannt worden. Soa wurde wegen Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz schuldig gesprochen und zu fünf Tagen Arrest und Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. Die Strafe gilt als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

### Auslieferung des Wiener Frauenmörders

Berlin, 2. Sept. Das preussische Ministerium des Innern und das Auswärtige Amt haben der von der österreichischen Bundesregierung beantragten Auslieferung des am 18. Juni in Berlin wegen des Frauenmordes im Rainer Tiergarten verhafteten Kaufmanns Gustav Bauer stattgegeben. Die Auslieferung dürfte in diesen Tagen erfolgen.